

Tagesordnungspunkt 8: Änderung der Entschädigungssatzung

Verbandsversammlung

Sitzung am 07.12.2023

1. Begründung:

Im Bericht über die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2015 bis 2020 der BKPV vom Dezember 2022 wurde unter TZ 6 die Regelung über die Verdienstausschüttung selbstständig tätiger Verbandsräte kritisiert.

Hierzu findet sich folgender Hinweis. Gemäß Nr. 2 der Hinweise zu den Entschädigungsregelungen für kommunale Ehrenämter können Wegzeiten bei der Selbständigen-Entschädigung in angemessenem Umfang berücksichtigt und auch entsprechend pauschaliert werden. Es ist jedoch darauf zu achten, dass die abrechnungsfähige Zeit für Dienstbesprechungen, Seminare, Wegzeiten u.Ä. zusammen nicht außer Verhältnis zur eigentlichen Sitzungszeit steht; sie soll die abrechnungsfähige Sitzungszeit nicht überwiegen.

Nach der aktuellen Regelung werden für Wegzeiten eine Stunde vor der Sitzung und eine Stunde nach der Sitzung unabhängig von der eigentlichen Sitzungsdauer gewährt. Dies führt zu dem beanstandeten Missverhältnis, dass in der Regel die gewährten Wegezeiten länger als die eigentliche Sitzungsdauer sind.

Nach Abstimmung mit dem Landratsamt und Sichtung diverser Entschädigungssatzungen auf Gemeindeebene bzw. anderer Zweckverbände erweist sich die Aufnahme einer Pauschalentschädigung, die Fahrt- und Wegezeiten inkludiert als bester Lösungsansatz. Es wird daher vorgeschlagen die Entschädigungssatzung wie folgt zu ändern:

Die bisherige Regelung des § 2 Abs. 2 der Entschädigungssatzung wird durch folgende Formulierung ersetzt.

Selbstständig tätige Verbandsräte erhalten eine Pauschalentschädigung von 50,00 Euro für den Verdienstausschüttung, der durch Zeitversäumnis ihrer beruflichen Tätigkeit aufgrund der Teilnahme an Sitzungen entstanden ist.

2. Beschlussvorschlag:

Unter Zugrundelegung der vorstehenden Änderung beschließt die Verbandsversammlung die Neufassung der „Satzung über die Entschädigung der Mitglieder der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Staatliche weiterführende Schulen im Südosten des Landkreises München und sonstiger ehrenamtlich tätiger Bürger“ (vgl. Anlage).

Die Satzung tritt zum 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung außer Kraft.

Abstimmung:



Patricia Hufner
Geschäftsleiterin